



Bundesministerium  
der Verteidigung

-1980005-V483-

[Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin](#)

Büro  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herr Dr. Karl-Heinz Brunner  
z.Hd. Herrn Kevin Schanz  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT

POSTANSCHRIFT

TEL

FAX

E-MAIL

**Christoph Müller**

Parlament- und Kabinettsreferat

Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin  
11055 Berlin

+49 (0)30 2004-22151

+49 (0)30 2004-22161

BMVgParlKab@BMVg.Bund.de

BETREFF **Workshop im BMVg am 24. März 2020, hier: Ihre Rückfragen**

BEZUG Ihr Schreiben vom 10. März 2020  
Berlin, 6. April 2020

Sehr geehrter Herr Schanz,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Anfrage vom 10. März 2020. Zur geplanten Konferenz zu den politischen, ethischen und rechtlichen Aspekten einer möglichen Bewaffnung von Drohnen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Eine parlamentarische Entscheidung über eine mögliche Bewaffnung von Drohnen wird nach dem geltenden Koalitionsvertrag erst nach „ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ getroffen werden können. Dies beinhaltet eine breite gesellschaftliche Debatte über die für deutsche Streitkräfte dann geltenden Rahmenbedingungen, unter denen die Bereitstellung bewaffneter Drohnen möglich wäre. Das BMVg und die Bundeswehr befassen sich aus verschiedenen Blickwinkeln sehr intensiv mit diesem Thema, insbesondere vor dem Hintergrund der Abwehr konkreter Bedrohungslagen für unsere Soldatinnen und Soldaten in den Einsatzgebieten. Daher sieht sich das BMVg verpflichtet, einen Beitrag zu dieser Debatte zu leisten.

Dem Wortlaut des Koalitionsvertrages folgend, beabsichtigt das BMVg hierzu im Rahmen einer breit angelegten Podiumsdiskussion die völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen und ethischen Dimensionen des Einsatzes bewaffneter fliegender Drohnen, unter möglichst breiter Einbindung fachlicher Expertise, zu diskutieren.

Aufgrund der Entwicklung der Corona-Epidemie war es notwendig, den ursprünglich für den 24. März 2020 vorgesehenen Workshop zu verschieben. Ein Ausweichtermin wird, je nach Lageentwicklung, in einigen Wochen terminiert. Das BMVg wird zu diesem zeitgerecht einladen.

Unabhängig von der Verschiebung bleibt die Veranstaltung öffentlich und richtet sich neben den Mitgliedern des Deutschen Bundestages an Vertreter der Bundesregierung und der nachgeordneten Behörden, an die Wissenschaft und an die Zivilgesellschaft.

Für die Auswahl der Teilnehmer des ersten Panels wurden alle Fraktionsvorsitzenden mit der Bitte angeschrieben, eine/n Vertreter/in für die Podiumsdiskussion zu nominieren.

Sofern noch Sitzkapazitäten vorhanden sind, können sich selbstverständlich weitere Parlamentarier oder sonstige Interessenten über die Protokollabteilung des BMVg anmelden. Ebenso können Mitglieder des Bundestages auch ihre Mitarbeiter entsenden. Eine Zusage wird in der Reihenfolge der eingegangenen Anmeldungen bis zur Auslastung des Raumes erfolgen.

Journalistinnen und Journalisten sind ebenfalls bei der Veranstaltung zugelassen. Deren Einladung erfolgt durch den Presse- und Informationsstab des Ministeriums über einen Pressetermin-Hinweis an einen standardisierten Hauptstadt-Verteiler. Interessenten können sich dann für die Veranstaltung akkreditieren, wobei aufgrund der begrenzten räumlichen Kapazitäten hier ebenfalls der Eingang der Anmeldung zählt.

Selbstverständlich lebt eine solche Diskussion auch vom Austausch mit allen anwesenden Gästen. Deshalb wird die Moderation aller Panels auch das Publikum in den Meinungsaustausch einbeziehen.

Im Nachgang zu dieser Auftaktveranstaltung ist vorgesehen, ein Berichtspapier zum Versand an den Deutschen Bundestag vorzubereiten, sowie noch zusätzlich weitere Foren – gegebenenfalls mit internationaler Besetzung – durchzuführen. Über Teilnahme, Verlauf und Zwischenergebnisse werden wir Sie zeitgerecht informieren. Am Ende der Beteiligungsphase soll ein Diskussionspapier stehen, das bereits in der Entwurfsphase mit Ihnen geteilt und nach finaler Abstimmung voraussichtlich im Juni 2020 an den Deutschen Bundestag versandt werden soll. Dieses Papier könnte als Grundlage für die weitere Behandlung des Themas in den Gremien des Deutschen Bundestages herangezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

*gezeichnet*

Christoph Müller